



Darmstadt, 08. Februar 2011

## Pressemitteilung

### **Bündnis „Wider den Optionszwang“ trifft die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung: Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht streichen!**

Der Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht für Kinder nichtdeutscher Eltern war heute Gegenstand eines Gesprächs zwischen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer und Unterzeichnenden des Kampagnenaufrufs „Sie gehören zu uns - Wider den Optionszwang für Kinder unseres Landes“. Für die Kampagne haben Annelie Buntentbach (DGB), Kenan Kolat (Türkische Gemeinde in Deutschland), Dr. Jürgen Micksch (Interkultureller Rat) sowie Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süßmuth an dem Gespräch im Bundeskanzleramt teilgenommen.

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2001 erhalten in Deutschland geborene Kinder unbefristet aufenthaltsberechtigter Einwanderer neben der Staatsangehörigkeit der Eltern automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Betroffenen müssen sich zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Optieren sie für die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern, verlieren sie die deutsche. Damit würden in Deutschland als Deutsche geborene und aufgewachsene Kinder plötzlich zu Ausländern. In den kommenden Jahren werden Zehntausende junger Erwachsener davon betroffen sein.

Der Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht ist nach Auffassung der inzwischen mehr als 4.000 Unterzeichnenden des Aufrufs längst überholt. Seit vielen Jahren ist die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerungen eher die Regel als die Ausnahme. Schon heute leben 4,5 Millionen Mehrstaater ohne nennenswerte Loyalitätskonflikte in Deutschland.

„Der Optionszwang“, so Jürgen Micksch, der Vorsitzende des für die Kampagne verantwortlichen Interkulturellen Rates in Deutschland, „ist mit einer Vielzahl noch ungeklärter verfassungs- und verfahrensrechtlicher Fragen behaftet. Er ist darüber hinaus ein bürokratisches Monstrum und erklärt die Betroffenen zu ‚Deutschen auf Widerruf‘. Er macht es ihnen damit unnötig schwer, sich in diesem Land und in dieser Gesellschaft erwünscht zu fühlen.“

Zudem widerspreche der Optionszwang den Bemühungen um eine Steigerung der zu niedrigen Einbürgerungszahlen: „Eine zukunftsorientierte und zukunftsfähige Integrationspolitik muss dazu beitragen, dass immer mehr langjährige Einwohner zu gleichberechtigten Staatsbürgern werden. Der Optionszwang bewirkt das Gegenteil: Er macht Staatsbürger zu Einwohnern“, so Micksch abschließend.

Im Rahmen des Gesprächs forderten die Unterzeichnenden des Kampagnenaufrufs die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung dazu auf, diese Gesichtspunkte in die laufende Evaluierung der bisherigen Erfahrungen mit dem Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht einzubringen und sich gegenüber der Bundesregierung und dem Parlament für eine ersatzlose Streichung des Optionszwanges einzusetzen.

**Weitere Informationen: [www.wider-den-optionszwang.de](http://www.wider-den-optionszwang.de)**